

## Kollateralschäden inbegriffen

Die Folgen der Schulschließungen sind nicht nur für die Bildung fatal / Von Julian Staib, Wiesbaden

Corona verschärft bestehende Entwicklungen, das gilt auch für die Schulen. Wie in einem Brennglas zeigt sich das dort, wo der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist. Etwa in der Gräfenauschule in Ludwigshafen-Hemshof, einem stark von Migranten geprägten Stadtteil. Von den 431 Schülern der Grundschule, die hier in einem großen Backsteinbau residiert, haben 98 Prozent einen Migrationshintergrund. 375 verfügen nur über schlechte Deutschkenntnisse, 72 davon über gar keine. All diese Schüler sind nun seit Montag wieder im Fernunterricht. Formell zumindest. Denn: „Kinder, die kein Deutsch sprechen, kann man unmöglich im Fernunterricht beschulen“, sagt die Rektorin der Schule, Barbara Mächtle.

Die Folgen der zwei durchgewirbelten Schulhalbjahre 2020 werden derzeit an den Schulen deutlich: Kindern der ersten Klasse fehlt vielerorts die Vorbildung aus den Kindergärten, die ebenfalls lange geschlossen oder im „Notbetrieb“ waren und es nun wieder sind. Den Kindern der zweiten Klasse wiederum fehlt der Stoff aus der ersten Klasse, und so weiter. Für die Gräfenauschule bedeutet das, so Mächtle: „Von den Erstklässlern müssten Stand jetzt die Hälfte die Klasse wiederholen.“ Auch viele ältere Schüler könnten ein Jahr verlieren. Je länger der Lockdown dauere, desto größer werde das Problem. „Die Situation macht mir massiv Sorgen“, sagt Mächtle.

Im ersten Lockdown machte sie Hausbesuche. Manche Schüler öffneten ihr um 14 Uhr im Schlafanzug die Tür. In der Folge des Lockdowns im Frühjahr hieß es da-

nach allerorten, Schulen sollten künftig möglichst offen bleiben. Doch die Diskussion hat sich gewandelt, auch aufgrund zunehmender Corona-Infektionen in den Klassen. Nun formulierten die Kultusminister am Montag nur noch vage, die Schulen müssten bei Lockerungen „von Anfang an“ dabei sein, ganz vorne die Grundschüler. Von wann an das gelten soll, blieb zunächst unklar. Mutmaßlich müssen sich viele Schüler nun auf einen längeren Distanzunterricht einstellen.

Dieser gilt in Rheinland-Pfalz, wo seit Montag der Unterricht wieder begonnen hat, vorerst bis zum 15. Januar. Das beschloss die Landesregierung vorausschauend schon vor den Weihnachtferien. Darüber hinaus aber eignet sich das Land kaum als Vorzeigebispiel: Zum Schulbeginn fielen am Montag wie auch schon in anderen Bundesländern zuvor die digitalen Lernhilfen aus. „Big Blue Button“, ein System für Videokonferenzen, war zeitweise nicht zugänglich, die „Grundschulapp“ lud nicht, die Plattform „Schulcampus“ funktionierte nicht.

„Alles zusammengebrochen. Ein Desaster“, sagt Lars Lamowski. Er ist Direktor einer Grundschule in Krichen (Sieg) im Westerwald und stellvertretender Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft VBE. Er und auch andere berichten, dass viele Lehrer noch keine Laptops hätten, Ipads zum Ausleihen nur für einen Bruchteil der Schüler zur Verfügung stünden, FFP-2-Masken fehlten. Das Land habe bei der Ausstattung der Schulen versagt, sagt Lamowski. „Nach neun Monaten Pandemie sind wir keinen Schritt weiter.“ Er fordert für die Schulen eine längerfristige

Perspektive. Selbst wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt seien, könne man Grundschüler kaum aus der Ferne unterrichten. Sie seien kaum imstande, eigenständig zu lernen, viele Eltern könnten nicht neben ihrer Arbeit die pädagogischen Aufgaben übernehmen; das gelte nicht nur für Brennpunktviertel.

Dort allerdings kommen weitere Probleme hinzu. Sprachliche Barrieren etwa und Analphabetismus. Manche Eltern wissen nicht, wie man einen Browser aktualisiert, oft ist das Handy der einzige Internetzugang. „Wir erreichen viele gar nicht“, sagt Mächtle aus Ludwigshafen. Die Kinder verfügten zwar über das Material, aber man habe keine Kontrolle, was sie damit machten. Regelmäßig versuchten sich Lehrer zusammen mit Übersetzern mit den Eltern zusammenzuschalten, um „abzuchecken, wie die häusliche Situation ist“. „Damit man weiß, dass das Kind noch existiert“, sagt die Rektorin.

Sorge bereitet vielerorts auch, dass die Kinder durch die fehlende Struktur dauerhaft Lernprobleme haben könnten. Die „Entstrukturierung“ sei gefährlich, viele Kinder müssten erst wieder „lernen zu lernen“, sagt Andreas Hochreither-Celikdag. Er ist in Ludwigshafen Bereichsleiter der Erziehungshilfe der Ökumenischen Födergemeinschaft. Seine Mitarbeiter suchen Familien ambulant auf; es ist sozusagen die Vorstufe, bevor das Jugendamt die Kinder herausnimmt. Viele Kinder hätten die Zeit des Lockdowns eher als Freizeit denn als Schulzeit wahrgenommen, sagt er. Ohnehin sei ein Lernen in vielen Haushalten seiner Klienten unmöglich. Es fehle an Rückzugsräumen, Kinder teilten sich teilweise zu dritt ein Zimmer. Die

Folgen der Pandemie seien eine „Katastrophe“ für die Bildungsbiographien.

Ebenso wie andere Träger der Kinder- und Jugendhilfe macht Hochreither-Celikdag auf die immensen Kollateralschäden der Schulschließungen aufmerksam. Vor allem im November und Dezember seien deutlich mehr Fälle einer möglichen Kindeswohlgefährdung hinzugekommen: Fälle von Gewalt, nicht nur physischer, sondern auch psychischer, und zwar „quer durch die Milieus“. „Die Menschen leben zu lange mit zu wenig Perspektive auf zu engem Raum.“

Von einer deutlichen Zunahme schwerer Fälle berichtet auch Oliver Haara, Gründer und Geschäftsführer des Jugendhilfezentrums „Lionhof“ in Mainz. Dort werden Kinder mit Hilfe von Sport, Musik und tiergestützter Pädagogik ambulant betreut, soweit es eben derzeit geht. Haara sagt, die Zahl der Fälle, bei denen das Kindeswohl gefährdet sei, sei „merklich gestiegen“. Das liege auch an der durch die Pandemie gestiegenen Belastung der Familien sowie an weggebrochenen Unterstützungsangeboten. Er weist darauf, dass mit Sportvereinen und Schulen Bereiche geschlossen worden seien, die sonst das Leben von Jugendlichen strukturiert und die im Alltag vor Corona eine wichtige Kontrollinstanz innegehabt hätten. Das macht auch anderen Mitarbeitern der Jugendhilfe Sorgen: Im Lockdown fielen die Frühwarnsysteme weg, die meist als Erstes auf mögliche Missstände aufmerksam machten. All das werde derzeit viel zu wenig beachtet, sagt Hochreither-Celikdag. Es gelte eine Diskussion darüber zu führen, „wo der Kollateralschaden der Maßnahmen größer ist“.